
ANTI-MISSBRAUCHSGIPFEL

Sprecher von Missbrauchsoffern trifft Papst Franziskus	2
Ordensobere bekennen Versagen im Umgang mit Missbrauchsfällen	2
Zulehner: Kirchlicher Kinderschutzgipfel wichtiger erster Schritt	3
Theologe Treitler: Anti-Missbrauchsgipfel sollte in Konzil münden	4
Auch in Asien kommen Missbrauchsskandale in Religionen ans Licht	5

INLAND

Schipka: Karfreitagslösung nicht ganz im Sinn der Evangelischen	6
Evangelischer Bischof Bünker enttäuscht über Karfreitags-Regelung	7
Klagenfurt: Visitator Lackner um weitere Gespräche bemüht	8
Katholische Aktion: Eugenische Indikation endlich streichen	8
Landau fordert gesetzliche Absicherung der Palliativmedizin	10
Mediziner Huber: "Sterbende nehmen mehr wahr als wir annehmen"	11
Linz: Vor 25 Jahren starb "Motorradbischof" Franz Zauner	13
Caritas-Auslandshilfe: Bischof Glettler in Burkina Faso	14

VATIKAN & ROM

Vatikan hat Richtlinien zu Priestern als Väter fertiggestellt	15
Päpstliche Stiftung für Sahelzone berät über Hilfsprojekte	15
Vatikan bestätigt: Cardinals Priesteramt-Suspendierung aufgehoben	16
Zwei Diözesen im Umland Roms haben ab sofort denselben Bischof	16

AUSLAND

Brüssel: Warnung vor immer mehr Sonntagsarbeit	17
Anglikanischer Bischof droht Amtsenthebung wegen Vertuschung	17
Frankreichs Bischöfe besorgt über Vandalismus in Kirchen	18
Prag: Senats-Veto gegen Steuer auf Kirchenrestitution erwartet	18
Erzdiözese Bratislava betet für mehr Priester	19
Orthodoxe Kirche Zyperns äußert sich zur Kirche in der Ukraine	19

KULTUR & MEDIEN

Film zu kirchlichem Missbrauchsskandal in Lyon darf in die Kinos	20
Papst erhält kilometerlange Rekord-Bibel als Geschenk	20

A N T I - M I S S B R A U C H S G I P F E L

Sprecher von Missbrauchsoffern trifft Papst Franziskus

Italiener Francesco Zanardi, der zu den Gründern des internationalen Netzwerks "Ending Clergy Abuse" gehört, vor privater Begegnung mit dem Papst: "In 20 Jahren hat sich zu wenig geändert und in der Zwischenzeit wurden hunderttausende Minderjährige missbraucht"

Rom, 19.02.2019 (KAP) Vor Beginn des weltweiten Anti-Missbrauchsgipfels trifft Papst Franziskus den Sprecher des italienischen Netzwerks "Rete L'Abuso" (Netzwerk Missbrauch), Francesco Zanardi, im Vatikan. Die private Begegnung mit dem Papst nach der Generalaudienz am Mittwoch bestätigte der 48-jährige Italiener im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Kathpress am Dienstag in Rom. Es ist die erste Begegnung Zanardis, der als Jugendlicher von einem katholischen Priester missbraucht wurde, mit Franziskus.

Er habe "großen Respekt" für den Papst, so Zanardi zuvor in einem Interview mit der Tageszeitung "Il Fatto quotidiano". Allerdings erlebe Franziskus auch viele Widerstände. Beim Kampf gegen Missbrauch habe sich seit den 1990er Jahren nicht viel getan: "In 20 Jahren hat sich zu wenig geändert und in der Zwischenzeit wurden hunderttausende Minderjährige missbraucht", sagte Zanardi der Zeitung.

Im Namen aller Missbrauchsoffer will der Sprecher von "Rete L'Abuso" dem Papst Forderungen vortragen. Nötig seien eine weltweite Anzeige-Pflicht für Bischöfe bei Fällen sexuellen Missbrauchs. Neben kirchenrechtlichen Prozessen müsse es zudem immer auch staatliche Prozesse geben, so Zanardi. Der Italiener gehört zu den Gründern des internationalen Netzwerks "Ending Clergy Abuse" (ECA, Missbrauch durch Kleriker beenden) angehört. Parallel zum Bi-

schofstreffen organisiert auch ECA Informationsveranstaltungen und Demonstrationen in Rom.

Papst Franziskus müsse gegen großen internen Widerstand angehen, sagte Zanardi. In seinem Pontifikat seien jedoch einige Priester, die im Verdacht stehen, Gewalttaten verschwiegen zu haben, zu Bischöfen ernannt worden. Zahlen oder Namen nannte Zanardi nicht. "Wer uns verletzt hat, ist nicht im Himmel, sondern auf der Erde. Schuldig sind Menschen: Die Priester, die uns missbraucht haben, und all jene, die sie gedeckt haben."

Von Donnerstag bis Sonntag hat Papst Franziskus ein weltweites Treffen zu Missbrauch und Kinderschutz in der katholischen Kirche einberufen. An der Konferenz in Rom nehmen die Vorsitzenden aller Bischofskonferenzen, einschließlich mit Rom unierter Ostkirchen, sowie 22 männliche und weibliche Ordensobere teil, außerdem die Leiter von 14 Vatikan-Behörden sowie Missbrauchsoffer aus allen Erdteilen. Unter den insgesamt 190 Teilnehmern der Konferenz ist aus Österreich der Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn.

Aus Anlass des in dieser Woche vom 21. bis 24. Februar in Rom stattfindenden Anti-Missbrauchs-Gipfels publiziert "Kathpress" ein Themenpaket, das laufend ergänzt wird und unter www.kathpress.at/anti-missbrauchs-gipfel abrufbar ist.

Ordensobere bekennen Versagen im Umgang mit Missbrauchsfällen

Weltdachverbände der Generaloberen und Generaloberinnen veröffentlichen gemeinsame Erklärung vor Beginn des vom Papst einberufenen Kinderschutztreffens im Vatikan

Rom, 19.02.2019 (KAP) Ihren Einsatz im Kampf gegen Missbrauch haben die Oberen katholischer Frauen- und Männerorden bekräftigt. In einer am Dienstag von den Weltdachverbänden der Generaloberen (USG) und Generaloberinnen (UISG) veröffentlichten Erklärung vor Beginn des von

Papst Franziskus einberufenen weltweiten Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan bekennen sie eigenes Versagen, auch durch Vertuschung von Taten. Der oft familiäre Charakter und Zusammenhalt von Ordensgemeinschaften habe die Aufarbeitung zusätzlich behindert. Auch verschiedene

kulturelle Umstände weltweit trügen zu Missbrauch und dem ihn umgebenden Tabu bei.

Für eine bessere Prävention von Missbrauch fordern die Orden eine stärkere Beteiligung von Eltern, insbesondere Müttern. Wären insbesondere diese früher häufiger gehört worden, hätten etliche Fälle von Kindesmissbrauch eher aufgedeckt werden können. Zudem müsse das Thema stärker in eigene Ausbildungsrichtlinien wie auch Curricula von Schulen eingebunden werden. Gleichzeitig loben die Ordensoberen den Einsatz von Papst Franziskus im Kampf gegen sexuellen und spirituellen Missbrauch sowie Klerikalismus.

Zugleich weisen die Ordensoberen auf andere Formen von Gewalt hin, denen Kinder als die Schwächsten einer Gesellschaft ausgesetzt

sind. "Wir sehen Kindersoldaten, Kinderhandel, sexuellen Missbrauch sowie körperliche und seelische Misshandlung von Minderjährigen", heißt es in der knapp vier Seiten langen Erklärung. Besonders gelte das für arme oder behinderte Kinder sowie in niederen sozialen Schichten und Kasten. Auch hier seien die Ordensfrauen und -männer als Anwälte von Kindern und Jugendlichen gefordert.

Im Vatikan beginnt am Donnerstag das mit Spannung erwartete Spitzentreffen zu Missbrauch und Kinderschutz in der katholischen Kirche. Unter den rund 190 offiziellen Teilnehmern des Gipfels sind neben Vertretern der katholischen Bischofskonferenzen aus aller Welt auch insgesamt 22 männliche und weibliche Vertreter von Ordensgemeinschaften.

Zulehner: Kirchlicher Kinderschutzgipfel wichtiger erster Schritt

Wiener Pastoraltheologe im "Kathpress"-Interview: Diskutieren, ob das Priesterseminar ein geeigneter Ort für den Erwerb psychosexueller Reife ist - Österreich in Sachen Missbrauchsaufarbeitung in "Vorreiterrolle"

Wien, 19.02.2019 (KAP) Der am Donnerstag beginnende Kinderschutzgipfel im Vatikan, bei dem Papst Franziskus mit den Bischöfen aus aller Welt eine Antwort auf das Problem des sexuellen Missbrauchs in der Kirche sucht, kann laut den Worten des Wiener Pastoraltheologen Paul M. Zulehner ein erster Schritt für einen Wandel auf allen Kirchenebenen sein. Wichtig sei, bei dem Treffen "die ganze Weltkirche auf gleichen Diskussionsstand zu bringen und von ihr ein klares Bekenntnis zu erwirken, auf die Opfer zu hören und ihnen Glauben zu schenken", erklärte der emeritierte Wiener Universitätsprofessor am Dienstag im Interview mit "Kathpress".

Der sexuelle Missbrauch in der Kirche sei zwar eine Wunde, die auch Papst Franziskus nicht gänzlich heilen könne. "Er tut aber alles, dass am Anfang der Therapie die richtige Diagnose steht", befand Zulehner. Sehr erfolgreich gelinge es dem Papst, in verschiedensten ungelösten Fragen - außer bei Pädophilie und Missbrauch treffe dies auch im Bereich des Priester mangels und der Ehescheidungen zu - "Prozesse der Heilung auszulösen und diese auch strukturell zu verankern. Denn es braucht neben gutem Willen ebenso Strukturveränderungen, da neue und bessere Strukturen ein wichtiges Mittel der

Prävention sind." Dazu gehöre auch die Verschärfung von Kirchenstrafen für Missbrauch.

Die in jüngsten Tagen von mehreren Kardinälen laut überlegte Gewaltenteilung bezeichnete Zulehner als eine "Uraltforderung" der Theologie, zu der es keine Alternative gebe. "Die Kirche muss von den Erfahrungen der modernen Demokratie lernen, die Machtkonzentration in den Ämtern auflösen und Verantwortliche auch Rechenschaft für ihr Tun ablegen lassen." Unabhängige Schiedsgerichte, welche auch die Wiener Diözesansynode bereits verlangt habe, seien eine Möglichkeit dafür. "Denn verbleibt die Gerichtsbarkeit innerhalb der Hierarchie, wird immer nur auf die nächste Ebene verschoben, und etwa eine Visitation angeordnet. Doch wie wir aus der Erfahrung wissen, hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus; man scheut sich davor, wechselseitig auf die dunklen Seiten hinzuweisen."

Fokus auf Priesterausbildung

Als entscheidenden Hebel für die Prävention von Missbrauch in der Kirche bezeichnete Zulehner den vermehrten Fokus auf die psychologische Reife von Priesteranwärtern. "Wenn die Kirche schon ehelose Priester will, so muss sie mit allen Kräften die Entwicklung der psychosexuellen Reife in der Seminarzeit fördern." Zu diskutieren

gelte es dabei u.a., "ob die Männergesellschaft im Priesterseminar der optimale Ort für diesen Reifungsprozess ist", bemerkte der Pastoraltheologe. Er selbst habe in seiner Zeit als Kaplan und Subregens des Wiener Priesterseminars in den 1960er-Jahren gute Erfahrungen gemacht mit einem psychologischen Screening für Priesterkandidaten vor der Weihe, das dann allerdings wieder abgeschafft wurde.

Hintergrund dieser Forderung sei ein problematisches Verhältnis zu Sexualität, das die moderne Gesellschaft als Ganzes betreffe, betonte der Wiener Theologe. "Wurde psychosexuelle Reifung früher durch Sexualneurotik behindert, so ergibt sich heute derselbe Effekt durch die weitgehende Abkoppelung von Lust und Beziehung. Die Frage, wie heute junge Menschen sexuelle Reife erlangen, kommt in unserem kulturpädagogischen Nachdenken allgemein viel zu kurz."

Neues Priesterbild

Ändern müsse sich laut Zulehner auch die Vorstellung, was ein Priester sei. Den blinden Vertrauensvorschuss gegenüber Geistlichen sollte man "zumindes auf das Normalmaß reduzieren", ein neues Priesterbild sei angebracht. "Das Priesteramt sollte entmythologisiert werden. Von einer aus dem heidnisch-archaischen Raum stammenden Symbolik müssen wir uns verabschieden und das Amt als vernünftiges Dienen an der Gemeinschaft der Kirche verstehen. Das würde sicherstellen, dass man auf der Spur des Evangeliums ist", so der Theologe.

Bei Ordensfrauen, die tendenziell eher zum Opfer eines "Ungleichgewichts der Macht zwischen Frauen und Männern" würden, befürwortete Zulehner die Einrichtung einer "Notrufnummer an den eigenen Oberinnen vorbei, die für jede Ordensfrau frei zugänglich ist". Auch im Noviziat gelte es, die eigenen erotisch-sexuellen Bedürfnisse zu thematisieren, um Ordensfrauen

zu schützen vor dem Schlitern in Liebesbeziehungen, in denen dann bei ebenso unreifen wie gnadenlosen Männern vorhandene "dunkle Geister geweckt" werden könnten. Für die Beurteilung entsprechender Vorfälle riet Zulehner zudem auch zum Blick auf die Vorgeschichte: "Wenn ich als erwachsene Frau mit einem Pater vorher drei Jahre lang Liebesbriefe wechsle, ist die Lage anders, als wenn etwas mit Gewalt aus heiterem Himmel geschieht."

Fortschritte dank Causa Groer

Österreich sah Zulehner in einer "Vorreiterrolle" in Sachen Missbrauchs-Aufarbeitung, was besonders eine Folge der "Causa Groer" sei. "Unsere Kirche ist der Weltkirche mindestens zehn Jahre voraus und hat gelernt, dass Transparenz, Prävention, unabhängige Aufarbeitung von Ursachen, Kooperation mit staatlichen Gerichten und Entschädigungen der einzig mögliche Weg ist", befand der Theologe. Dass sich die Klasnic-Opferschutzkommission dabei als zentraler Akteur bewährt habe, sei vor allem deren Unabhängigkeit zu verdanken. Er selbst sei einst zur Mitwirkung in der Kommission angefragt worden, hätte aufgrund seiner Bedenken hinsichtlich der Präsenz eines Klerikers jedoch abgelehnt, berichtete Zulehner. "Eine Anstellung in der Kirche ist keine sehr gute Voraussetzung für die Aufarbeitung von Missbrauch."

Doch auch in der Alpenrepublik sei weiter viel zu tun, unter anderem in der Prävention: "In der kirchlichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen - auch in Schulen, Internaten bis hin zu Pfarren und Jungschargruppen - sollte die Teamarbeit zum Normalfall und Supervision verpflichtend werden. Das hilft dabei, die latent immer vorhandenen erotisch-sexuellen Bedürfnisse, die in dieser Tätigkeit geweckt werden, wahrzunehmen und zu sublimieren", riet Zulehner. Das werde zwar einiges kosten, aber: "Der Kirche muss diese Frage viel wert sein."

Theologe Treitler: Anti-Missbrauchsgipfel sollte in Konzil münden

Wiener Fundamentaltheologe in "domradio": "Es muss um eine wirklich grundlegende Umkehr gehen, die auch die Amtsfrage, die Gehorsamsfrage und die Zölibatsfrage mit einschließt"

Wien-Köln, 19.02.2019 (KAP) Wenn der kommende Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan tatsächlich ein Erfolg werden soll, dann braucht es mehr als nur Worte des Bedauerns und der Entschuldig-

ung: dann brauche es Worte, "die einen neuen Weg der Kirche zeigen" und zu tiefgreifenden Reformen in der kirchlichen Struktur führen. Das hat der Wiener Fundamentaltheologe Prof. Wolf-

gang Treitler im Interview mit dem Kölner "domradio" festgehalten. Er hoffe, dass das Treffen im Rom "der Anfang eines Prozesses ist", welcher "irgendwann auch in ein allgemeines Konzil münden" sollte. Ein solches Konzil brauche es laut Treitler, da ein Bischofstreffen allein nicht die tiefgreifenden Fragen lösen könne, um die es geht: "An der Missbrauchsfrage ist ja nicht nur ein Symptom zu behandeln, sondern wirklich die Struktur der Kirche selbst."

Konkret müsse es um ein ganzes Bündel an Reformen gehen: "Es muss um eine wirklich grundlegende Umkehr gehen, die auch die Amtsfrage, die Gehorsamsfrage und die Zölibatsfrage mit einschließt". Wenn diese "radikale Form der Umkehr" nicht gelinge, werde die Kirche "weiterhin vom Inneren her absterben und irgendwann überflüssig sein", betonte Treitler, der selbst als

Schüler einer katholischen Privatschule zum Missbrauchsoffer geworden ist. Angesichts der Tatsache, dass fast alle Missbrauchstäter im kirchlichen Kontext Männer gewesen sind, sei es naheliegend, die gesamte Amtsstruktur bis hin zum Zölibat neu zu bedenken.

Inzwischen sei bei der gesamten Missbrauchsthematik "ein Zustand erreicht" worden, der nicht mehr von einem vorübergehenden Skandal zeuge: Das Thema werde "einfach präsent bleiben" und damit "schlichtweg auch zu einer Frage der Wahrheit der Kirche selbst". Wenn man versuche, das Thema zu "umschiffen" oder einen "geschmeidigen Selbstumgang" damit zu finden, ohne den Opfern wirklich zuzuhören und "das Gesprochene offensiv aufzunehmen", dann werde es "ein katastrophales Ende nehmen", prognostizierte Treitler.

Auch in Asien kommen Missbrauchsskandale in Religionen ans Licht

Betroffen sind katholische Priester, Ordensfrauen und Patres, aber auch hinduistische Gurus, muslimische Imamen und buddhistische Mönche - Von Michael Lenz

Bangkok, 19.02.2019 (KAP/KNA) Asien scheint bei den Missbrauchsskandalen in der Kirche bislang außen vor zu sein. Doch laut dem Pressedienst "Catholic News Service" aus den USA ist es "nur noch eine Frage der Zeit", bis auch diese Region der Weltkirche erfasst werde. In den vergangenen Jahren sind von Indien bis zu den Philippinen immer wieder Fälle von sexuellem Fehlverhalten von Priestern, Ordensfrauen und Patres bekannt geworden - aber auch von hinduistischen Gurus, muslimischen Imamen und buddhistischen Mönchen in Indien, Malaysia, Indonesien oder Thailand. Mit der Ausnahme der mehrheitlich katholischen Länder Osttimor und Philippinen sind Christen aller Konfessionen in den Ländern Süd- und Südostasiens kleine Minderheiten.

Vor allem in Indien kommen immer häufiger Skandale von Priestern ans Tageslicht. Ein katholischer Bischof ist gar wegen Vergewaltigung einer Ordensfrau im Bundesstaat Kerala angeklagt. Die Augen der Öffentlichkeit sind auch deshalb auf Indien gerichtet, weil Kardinal Oswald Gracias, Erzbischof von Bombay (Mumbai) und Vorsitzender der Indischen Bischofskonferenz, einer der beiden Vorsitzenden des am Donnerstag beginnenden Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan ist.

Für den indischen Jesuiten und Menschenrechtler Cedric Prakash ist der Kardinal der richtige Mann am richtigen Platz. "Ich habe Kardinal Gracias erst vor kurzem gesprochen", sagte Prakash im Gespräch mit der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). "Er vertritt eine entschiedene Politik gegen Missbrauch." Prakash räumt aber auch ein, dass so manchen indischen Bischöfen noch der "spirituelle Wille" bei der Handhabung von Missbrauchsfällen fehle.

Unter dem Druck der katholischen und medialen Öffentlichkeit hat die Bischofskonferenz von Kerala in diesem Monat einen Erlass zum Schutz von Kindern in kirchlichen Einrichtungen veröffentlicht. Zudem wurde Mitte Februar in Kerala ein 51-jähriger katholischer Priester wegen Vergewaltigungen minderjähriger Mädchen zu 60 Jahren Haft verurteilt.

Die katholische Theologin Virginia Saldanha aus Mumbai ist von den Maßnahmen der Indischen Bischofskonferenz und ihres Vorsitzenden gegen Missbrauch indes nicht überzeugt: "Es wurden weder Rahmenbedingungen oder Strukturen für die Handhabung von Missbrauchsanzeigen geschaffen, noch wurde die Maßnahmen gegen Missbrauch den Menschen öffentlich zugänglich gemacht", sagte die 71-jährige Frauenrechtlerin der KNA.

In den anderen asiatischen Ländern haben sich Erzbischof Simon Poh Hoon Seng von Kuching in Malaysia sowie Erzbischof William Goh von Singapur am klarsten gegen Missbrauch positioniert. Auf den Philippinen weiß Schwester Mary John Mananzan von vielen Fällen des Missbrauchs von "Jungen, Mädchen, Nonnen und anderen Frauen". Die Bischofskonferenz reagiere darauf jedoch "nicht in angemessener Weise", zitieren katholische Medien die Aktivistin und ehemalige Ko-Vorsitzende des Verbandes der Ordensoberen.

Frauen und Kinder haben in asiatischen Gesellschaften einen schweren Stand. Die Philippinen gelten geradezu als ein "Paradies" für Pädophile und nehmen eine globale Spitzenstellung bei Online-Sex mit Kindern und Kinderpornos im Internet ein. In Indien sind Vergewaltigungen von Kindern fast trauriger Alltag. "Kinder und Frauen werden in asiatischen Gesellschaften

nicht nur als sexuelle Objekte angesehen, sondern werden für minderwertiger gehalten als Männer", sagt Saldanha.

Mit einer Enthüllungsgeschichte wagte sich im Februar 2018 das im kambodschanischen Phnom Penh erscheinende Magazin "Southeast Asia Globe" an das Tabuthema sexueller Kindesmissbrauch in buddhistischen Klöstern - dessen Ausmaß es mit dem weltweiten Missbrauchsskandal der Kirche verglich.

Aus zwei kulturellen Gründen ist sexueller Missbrauch in Asien ein Tabuthema: Wegen des Respekts vor Mächtigen und - wie es der philippinische Kardinal Luis Tagle 2012 in Rom sagte - aufgrund einer "Kultur der Schande": "In asiatischen Kulturen beschmutzt die Schande einer Person die Familie, den Clan und die Gemeinschaft. Schweigen wird daher als die einzige Alternative zur Wahrung von deren Ehre angesehen."

I N L A N D

Schipka: Karfreitagslösung nicht ganz im Sinn der Evangelischen

Generalsekretär der Bischofskonferenz wenig erfreut über Regierungsvorhaben, dass künftig Karfreitag für alle ab 14 Uhr frei ist - "Evangelische Christen werden durch diese Regelung etwas Wichtiges verlieren"

Wien, 19.02.2019 (KAP) Wenig Freude mit dem Beschluss der Regierung, dass der Karfreitag künftig ein "halber" Feiertag für alle sein wird, hat die Österreichische Bischofskonferenz. Generalsekretär Peter Schipka bedauerte in einer ersten Stellungnahme gegenüber "Kathpress", dass die nun geplante Lösung auf Kosten der evangelischen Christen im Land gehe. Diese würden "etwas Wichtiges verlieren".

Der Karfreitag wird künftig für alle ein "halber" Feiertag. Das haben ÖVP und FPÖ am Dienstag angekündigt. "Es wird eine Halbtagesregelung für den Karfreitag geben. Ab 14 Uhr ist für alle frei. Das soll schon ab dem kommenden Karfreitag gelten", hielten FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz und der stellvertretende ÖVP-Klubobmann Peter Haubner in einer Aussendung fest. Der "Karfreitag" stand am Dienstag im Parlament auf der Tagesordnung im Arbeits- und Sozialausschuss. Für evangelische Arbeitnehmer bedeutet dies eine Verschlechterung, haben sie doch bisher den ganzen Tag frei.

Wie Schipka sagte, sei die Einführung einer gesetzlich arbeitsfreien Zeit am Karfreitag ab 14 Uhr zwar gegenüber der bisherigen Regelung eine Aufwertung dieses für Christen bedeutsamen Tages - selbst dann, wenn die Geschäfte geöffnet haben dürfen. Bedauerlich sei freilich, dass keine Lösung gefunden wurde, die sicher stelle, dass für evangelische Christen der Karfreitag ein Feiertag wie bisher bleibe.

Schipka: "Evangelische Christen werden durch diese Regelung etwas Wichtiges verlieren. Das ist durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs keineswegs gefordert. Vielmehr fordert der EuGH bloß eine diskriminierungsfreie Regelung ein und regt selber an, den gesamten Tag für alle zum Feiertag zu machen."

Schipka betonte weiters gegenüber "Kathpress", dass "Feiertage wie Geburtstage von ihrem Wesen her immer ein ganzer Tag sind". Es wäre darüber hinaus ein großer Verlust, wenn die neue Karfreitagsregelung Vorbild für andere Feiertage werden sollte, warnte der Generalse-

kretär der Bischofskonferenz: "Wenn nämlich Feiertage auf einen arbeitsfreien Nachmittag reduziert werden, wird das Wesen der österreichische Sonn- und Feiertagskultur ausgehöhlt. Die Kirche würde gegen eine derartige Fehlentwicklung entschieden auftreten."

Schipka hatte zuletzt für eine Lösung plädiert, "bei der niemand verliert". Eine solche Lösung sei der Katholischen Kirche auch im Rahmen von Gesprächen mit Kanzleramtsminister Gernot Blümel zugesagt worden, sagte Schipka noch am Sonntag in einem Beitrag in der ORF-Sendung "Hohes Haus". Eine "Abschaffung von Feiertagen" jedenfalls stehe aus Sicht der Katholischen Kirche "nicht zur Diskussion", unterstrich der Generalsekretär. Es müsse durch eine noch ausstehende gesetzliche Neuregelung auf jeden Fall gewährleistet sein, dass für die evangelischen Christen der Karfreitag ein arbeitsfreier Tag bleibe. Die Bischofskonferenz hatte in der Debatte bereits Ende Jänner unterstrichen, dass sie einen Tausch von Feiertagen ablehne und stattdessen einen weiteren Feiertag für alle begrüßen würde.

Der EuGH hatte die österreichische Regelung, wonach nur für evangelische und altkatholische Arbeitnehmer der Karfreitag ein bezahlter Feiertag ist, als gleichheitswidrig aufgehoben. Wenn die entsprechende Regelung nicht korrigiert wird, hätten alle Arbeitnehmer - auch katholische - am kommenden Karfreitag (19. April) einen bezahlten Feiertag. Die Regierung wollte einen solchen weiteren Feiertag - es wäre dies der 14. - verhindern; die Wirtschaft befürchtet enorme Mehrkosten.

Rosenkranz und Haubner betonten am Dienstag in ihrer Aussendung, dass das vorliegende EuGH-Urteil zu einer notwendigen Neuregelung geführt habe: "Das EuGH-Urteil ist zu akzeptieren. Deshalb brauchen wir nun eine schnelle gesetzliche Lösung. Rechtzeitig vor dem kommenden Karfreitag soll es nun die neue Regelung geben, die am Status Quo möglichst wenig verändert." Die Neuregelung sei eine Lösung, die dazu führe, dass die Karfreitagsregelung nahe an der bisherigen Regelung bleibe. Die detaillierte Ausformulierung solle nun so zeitnah erfolgen, dass ein Beschluss noch im Februar möglich sei, so Haubner und Rosenkranz.

Evangelischer Bischof Bünker enttäuscht über Karfreitags-Regelung

"Lösung bedeutet, dass uns ein halber Feiertag genommen wird, an dem viele Evangelische auch am Vormittag den Gottesdienst besuchen" - Für Synodenpräsident Krömer ist die neue Regelung "inakzeptabel" - Kritik auch von Reformierten, Methodisten und Altkatholiken

Wien, 19.02.2019 (KAP) Der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker hat sich am Dienstag enttäuscht darüber gezeigt, dass der Karfreitag künftig nur mehr ein "halber Feiertag" sein wird. "Die Lösung bedeutet, dass uns ein halber Feiertag genommen wird, an dem viele Evangelische auch am Vormittag den Gottesdienst besuchen", sagte Bünker in einer ersten Stellungnahme gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. "Das öffentliche Versprechen von Minister Gernot Blümel, dass bei der neuen Regelung keinem etwas genommen werden soll, kann ich hier nicht erkennen." Bünker merkt zudem fragend an, "ob ein Freitag, der ab 14 Uhr ein Feiertag ist, überhaupt diese Bezeichnung verdient."

Bischof Bünker hatte im Vorfeld wie zahlreiche weitere Kirchenvertreter und Theologen aus den evangelischen und anderen Kirchen wiederholt auf die zentrale Bedeutung des Karfreitags für den christlichen Glauben hingewiesen. ÖVP und FPÖ haben sich am Dienstag darauf

geeinigt, dass der Karfreitag künftig für alle ein "halber" Feiertag wird. Ab 14 Uhr ist für alle frei. Das soll schon ab dem kommenden Karfreitag gelten. Für evangelische Arbeitnehmer bedeutet dies eine Verschlechterung, haben sie doch bisher den ganzen Tag frei.

Bünker kritisierte am Dienstag auch, dass die vorliegende Entscheidung keine Lösung für den jüdischen Jom Kippur oder das muslimische Opferfest enthalte. "Ein garantierter freier Tag, den die anerkannten Religionsgesellschaften für ihre Mitglieder als ihren Feiertag - im religiösen Sinn - definieren können und den die jeweiligen Menschen dann in Anspruch nehmen können wäre wohl eine bessere Variante".

Für den Präsidenten der evangelischen Synode, Rechtsanwalt Peter Krömer, ist die neue Regelung "inakzeptabel". Es sei, so Krömer gegenüber dem Evangelischen Pressdienst "unverständlich, dass Evangelische nun einen halben Feiertag verlieren und alle anderen einen

erhalten". Durch diese Regelung werde "massiv in das kirchliche Leben eingegriffen", weil Gottesdienste am Karfreitagvormittag stattfinden. Viele dieser Gottesdienste würden auch von ehrenamtlichen Lektorinnen und Lektoren gehalten. "Sie sind auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und können nun diese Gottesdienste nicht mehr halten", erklärte der Synodenpräsident.

Kritische Stimmen aus evangelischen Kirchen

Neben Bischof Michael Bünker haben sich am Dienstag auch die Spitzenvertreter der anderen von der bisherigen Karfreitagsregelung betroffenen Kirchen zu Wort gemeldet. Als "sehr unerfreulich" hat der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld die Einigung der Regierungsparteien kritisiert: "Es gibt nur einen ganzen Feiertag", so Hennefeld wörtlich. Er könne nur hoffen, dass es sich um ein Provisorium handelt und man sich noch einmal zusammensetze,

um eine langfristige, zufriedenstellende Lösung zu finden.

Der evangelisch-methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs zeigte sich "wenig überraschend wenig begeistert". Er freue sich zwar für die Arbeitnehmer, die in den Genuss zusätzlicher freier Stunden kämen, zeigte sich aber skeptisch, "wie viele das letzten Endes sind, da freitags viele schon früher zu arbeiten aufhörten. Theologisch sei "gerade der Karfreitag ein Tag der Ruhe und Besinnung", deshalb tue er sich schwer, die Entscheidung zu verstehen.

Heinz Lederleitner, Bischof der Altkatholischen Kirche, sieht in der Halbtageslösung "eine halbe Sache", keinesfalls aber eine befriedigende Lösung. Auch fürchtet er, dass das Thema damit nicht erledigt sei: "Die ganze Thematik der religiösen Feiertage in einer multireligiösen Welt ist damit nicht nachhaltig gelöst", sagte der Bischof gegenüber dem Evangelischen Pressedienst.

Klagenfurt: Visitator Lackner um weitere Gespräche bemüht

Alle zu den Sprechtagen am 8./9. Februar angemeldeten Interessenten, die damals nicht zum Zug kamen, sollen nun doch noch die Möglichkeit zum Gespräch mit dem Erzbischof bekommen

Salzburg-Klagenfurt, 19.02.2019 (KAP) All jene Personen, die sich zu den Sprechtagen von Erzbischof Franz Lackner im Rahmen der Visitation der Diözese Gurk am 8. und 9. Februar in Klagenfurt angemeldet haben, damals aber nicht gehört werden konnten, werden nun doch die Möglichkeit haben, dem Erzbischof ihre Anliegen vorzubringen. Das hat Lackners Sprecherin Heidi Zikulnig am Dienstag gegenüber "Kathpress" bestätigt. Per E-Mail konnte sich jedermann für die Sprechtag anmelden. Die Nachfrage war aber so groß, dass nicht alle Angemeldeten auch tatsächlich einen Termin bekamen. Der Erzbischof und die Mitglieder seines Visitationsteams konnten mit rund 100 Personen sprechen.

"Es ist der Wunsch von Erzbischof Lackner, wirklich mit allen zu sprechen, die sich angemeldet haben. Deshalb suchen wir jetzt möglichst zeitnah einen Termin, wo dies möglich sein wird", so Zikulnig. Dieser Termin stehe noch nicht fest, es müssten auch alle Betroffenen erst über diese neue Möglichkeit informiert werden. Neue Anmeldungen seien freilich nicht mehr möglich. Von einem neuen "Sprechtag", wie in einigen Medien vermeldet, wollte Zikulnig deshalb auch nicht sprechen.

Auch die nun noch anberaumten Gespräche sein vertraulich und würden sorgfältig aufgearbeitet, hielt die Sprecherin des Päpstlichen Visitators fest.

Katholische Aktion: Eugenische Indikation endlich streichen

KAÖ-Präsident Wimmer unterstützt erneuten Anlauf, Möglichkeit zu Spätabtreibungen wegen Behinderung zu beenden - Beratung und Hilfe für Schwangere in Konfliktsituationen ausbauen - "Aktion Leben" für fundierte Debatte - Freikirchen unterstützen Bürgerinitiative #fairändern

Wien, 19.02.2019 (KAP) Die Katholische Aktion Österreich unterstützt das Anliegen der Bürgerinitiative #fairändern, die Möglichkeit einer Abtreibung von Kindern wegen Behinderung bis

knapp vor der Geburt ("eugenische Indikation") zu streichen und Frauen im Schwangerschaftskonflikt mehr Hilfen anzubieten. In den vergangenen Jahren sei dieses Anliegen mehrfach ins

Parlament gebracht worden, es sei dort aber nicht entsprechend weiterverfolgt worden, hieß es am Dienstag kritisch in einer Aussendung. KAÖ-Präsident Leopold Wimmer hielt wörtlich fest: "Auch wenn es den erwarteten Gegenwind von bestimmten Gruppierungen gibt: Das Anliegen, vor allem die Spätabtreibungen von voll entwickelten Kindern wegen Behinderung, die bis zum neunten Monat erlaubt sind, zu überdenken, hat nichts an Aktualität verloren."

Ins Rollen gebracht hatte die Diskussion rund um die Abtreibungsregelungen die Bürgerinitiative #fairändern mit sechs zentralen Forderungen. Zu diesen gehören u.a. die Einführung einer Abtreibungsstatik und einer anonymen Motivforschung, bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schwangere, die Streichung der eugenischen Indikation, sowie Maßnahmen der Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung. 56.000 Österreicher haben die Petition unterschrieben, am 13. Februar wurde sie erstmals im Petitionsausschuss behandelt. Bis Freitag kann die Initiative noch mittels Online-Signatur unterstützt werden.

"Gerne wird über Gleichbehandlung und Inklusion von Menschen mit Behinderung gesprochen und darüber, dass Kinder das höchste Gut unserer Gesellschaft seien. Dies gilt jedoch offenbar nur für geborenes Leben", gab KAÖ-Vizepräsident Armin Haiderer in der Aussendung zu bedenken und weiter wörtlich: "Die Eugenischen Indikation ist nach wie vor eine tiefe Wunde in unserer Gesellschaft und ihre Abschaffung ist endlich ernsthaft anzudenken."

Gleichzeitig warnte Haiderer davor, Richter über die Betroffenen zu spielen. Es gelte vielmehr, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu ändern: von der Umsetzung von flankierenden Maßnahmen, insbesondere der Einführung einer verpflichtenden unabhängigen Beratung, bis hin zum Ausbau der Unterstützung bei einem behinderten Kind. "Es sollen durch Unterstützung und Hilfe Rahmenbedingungen geschaffen werden, die auch in schwierigen Situationen ein Ja zum menschlichen Leben ermöglichen", so Haiderer.

KAÖ-Präsident Wimmer bekräftigte in der Aussendung abschließend den Standpunkt der Katholischen Aktion: Es brauche eine stärkere Unterstützung unabhängiger Beratung für Betroffene, eine mindestens dreitägige Bedenkzeit und ein stärkeres Bewusstmachen von Alternativen zur Abtreibung". Nicht zuletzt sei in

Österreich eine anonyme statistische Erfassung der Zahl der Abtreibungen und der Motive dafür "schon längst überfällig". Menschliches Leben bedürfe grundlegender Wertschätzung, "die vor allem dort zum Ausdruck kommen soll, wo es besonders gefährdet und bedroht ist", so Wimmer.

"Aktion Leben" für fundierte Debatte

Die "Aktion Leben" begrüßt die aktuelle politische Diskussion über die eugenische Indikation. "Die Politik hat bisher weggesehen. Aber die persönlichen Dramen finden täglich statt", so "Aktion Leben"-Generalsekretärin Martina Kronthaler in einer Aussendung am Dienstag. Die Möglichkeit, Auffälligkeiten vorgeburtlich zu erkennen, "nimmt zu und ist eine riesige Herausforderung in der Praxis: für die betroffenen Eltern, die Ärztinnen und Ärzte, das gesamte medizinische Personal, aber auch für den Gesetzgeber, der regeln muss, was erlaubt ist und was nicht".

Von Frauen werde heute erwartet, "dass sie alles dafür tun, um die Geburt eines behinderten Kindes auszuschließen". Das sei aber "weder möglich noch ist es menschenwürdig". Ganz sicher fehle auch "Solidarität mit Familien, die für ein behindertes oder krankes Kind sorgen und denen sehr viele Steine in den Weg gelegt werden".

Es brauche dringend mehr öffentliche Aufmerksamkeit für eine umfassende Unterstützung behinderter Kinder, so Kronthaler weiter. Das im Regierungsprogramm versprochene "One-Stop-Shop"-Prinzip für Eltern behinderter Kinder sollte möglichst rasch umgesetzt werden. "Der Bürokratiedschungel macht es für Eltern extrem schwierig, das Leben mit einem behinderten Kind zu organisieren", kritisierte die "Aktion Leben"-Generalsekretärin.

Sie erinnerte auch daran, dass die Problematik der umstrittenen Schadenersatzklagen nach der Geburt von behinderten Kindern noch immer nicht gelöst ist. Gleichzeitig sei der Nutzen von Pränataldiagnostik für Eltern und Kinder nicht evaluiert. Dazu gehöre etwa die Frage: "Wie oft gibt es vorgeburtlich überhaupt eine Therapie und wie erfolgsversprechend ist diese?" Die Möglichkeit von psychosozialer Begleitung durch ausgebildete Beraterinnen sei zudem kaum bekannt und werde nicht beworben, bemängelte Kronthaler. Frauen und Paare, die sich für Pränataldiagnostik entscheiden, würden auch zu wenig informiert, was Spätabbrüche bedeuten, nämlich eine eingeleitete Geburt mit einem toten Kind.

Kronthaler: "Dies Frauen zuzumuten, ist eine Ungeheuerlichkeit."

Die "Aktion Leben" verwies darauf, dass ein Verbot der eugenischen Indikation nicht automatisch ein Verbot jedes Spätabbruchs bedeuten müsse. In Deutschland zum Beispiel sei die eugenische Indikation 2005 aus dem Strafbuch gestrichen worden. Seither werde auf einen anderen Paragraphen, die medizinische Indikation, zurückgegriffen. Dieser erlaubt Spätabbrüche, "um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden".

Breite Unterstützung für #fairändern

Unterstützung für die Kampagne #fairändern kommt u.a. auch von den Freikirchen in Österreich. Ungewollt Schwangere stünden unter enormem psychischen Druck. Diese Tatsache führe oft zu einer Spontanentscheidung und zur Abtreibung. "Auch in den Freikirchen kennt man aus der seelsorgerlichen Praxis die Tränen und das Schluchzen jener Frauen, die um alles in der Welt diese Entscheidung gerne rückgängig machen würden. Es ist daher höchst unverantwortlich, die oft gravierenden Folgen eines Schwangerschafts-Abbruchs herunterzuspielen", so Reinhold Eichinger, Vorsitzender der Freikirchen

in Österreich, in einer Aussendung. Nicht selten litten die Betroffenen ein Leben lang unter den Folgen ihrer Entscheidung. Alpträume, Überkompensation in der Erziehung nachgeborener Kinder und vieles mehr seien die Folgen. Dies belegten auch unzählige Studien.

Deshalb fordere man eine mindestens dreitägige Bedenkzeit zwischen unabhängiger Beratung und Schwangerschaftsabbruch. Dies sei selbst bei Schönheitsoperationen längst Standard, so Eichinger.

Parteiübergreifendes Anliegen

Auch der VP-Europa-Abgeordnete Lukas Mandl hat sich in einem Statement gegenüber "Kathpress" hinter die Anliegen von #fairändern gestellt. Er sei zuversichtlich, "dass wir in der heutigen Zeit volle Unterstützung für Eltern und auch werdende Eltern, besonders für Frauen, basierend auf Zahlen, Daten und Fakten mit dem bestmöglichen Schutz für Kinder, auch für solche mit besonderen Bedürfnissen, verbinden können", so Mandl. Er unterstrich zugleich, dass es sich bei der Thematik um ein parteiübergreifendes Anliegen handelt bzw. handeln sollte.

Info: Unterstützung von #fairändern noch bis Freitag unter www.ots.at/redirect/parlament13 möglich

Landau fordert gesetzliche Absicherung der Palliativmedizin

Caritas-Präsident bei Tagung "Zuhause leben bis zuletzt" im Gedenken an Hospiz-Pionierin Teuschl: Plädoyer für Sterbehilfe-Verbot in Verfassungsrang und Absicherung der Palliativ-Medizin durch eigenes Gesetz

Wien, 18.02.2019 (KAP) Für eine bessere rechtliche Absicherung der Palliativmedizin und Palliativpflege in Österreich hat sich Caritas-Präsident Michael Landau ausgesprochen. Es brauche eine Absicherung entweder im Rahmen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) oder in Form eines eigenen Gesetzes etwa nach dem Vorbild des deutschen Hospiz- und Palliativgesetzes aus dem Jahr 2015. Nur so lasse sich die Finanzierung dieses medizinisch intensiven und menschlich gebotenen letzten Lebensabschnitts und dessen Rechtsanspruch für alle sicherstellen. Darüber hinaus regte Landau ein verfassungsrechtliches Verbot der Sterbehilfe in Österreich an. Er sehe nun die Regierung unter Zugzwang, die ja

das Thema Pflege heuer zu einem Schwerpunktthema erklärt hat, so Landau.

Landau äußerte sich am Montagnachmittag bei der Eröffnung der Kurztagung "Zuhause leben bis zuletzt. Möglichkeiten und Grenzen für ein Sterben daheim" im Wiener Kardinal-König-Haus. Die Veranstaltung findet im Gedenken an die Hospiz-Pionierin Sr. Hildegard Teuschl (1937-2009) statt, die vor zehn Jahren gestorben ist. Neben Landau referieren dabei u.a. die langjährige Büroleiterin von Kardinal Franz König, Annemarie Fenzl, der Mediziner und Theologe Johannes Huber, der Direktor des Kardinal-König-Hauses, P. Friedrich Prassl, und die Präsidentin des Dachverbandes Hospiz, Waltraud Klasnic.

Als "unhaltbaren Zustand" bezeichnete Landau in seiner Eröffnungsansprache die Tatsache, dass viele Einrichtungen aus dem Bereich der Palliativversorgung weiterhin zu fast 100 Prozent spendenfinanziert seien - so etwa das von der Caritas betriebene Mobile Kinderhospiz MOMO. Es brauche diesbezüglich klare Ansagen zu einer dauerhaften Finanzierung. "Ich sage das auch als Appell und als Bitte an die Verantwortlichen im Bereich der Sozialversicherung wie auch der Politik", so Landau.

Und im Blick auf die immer wieder aufflackernde Sterbehilfe-Diskussion erinnerte er an ein Wort Kardinal Königs, wonach Menschen "an der Hand eines anderen Menschen" sterben sollen und nicht "durch die Hand eines anderen Menschen". Daraus leite er den Anspruch nicht nur auf eine rechtliche Absicherung der Hospizmedizin und -pflege ab, sondern auch die Forderung nach einem Verbot der Sterbehilfe im Verfassungsrang: "Wer aktive Sterbehilfe nicht will, der muss für optimale Sterbebegleitung sorgen". Diesbezüglich sei bereits "viel gelungen" in Österreich - aber es bleibe zugleich "noch viel zu tun", so Landau.

Darüber hinaus würdigte der Caritas-Präsident Sr. Teuschl für ihren Einsatz im Bereich der Palliativmedizin und -pflege: Gemeinsam mit Kardinal Franz König (1905-2004) habe sie "Pionierarbeit" geleistet und stehe als Zeugin dafür ein, "dass zu einer Kultur des Lebens auch eine Kultur des Sterbens und eine Kultur der Solidarität mit Sterbenden gehört". Teuschl, die u.a. Gründerin des Dachverbandes Hospiz war und bereits

Ende der 1970er Jahre die ersten Kurse für Sterbebegleitung konzipiert und gegeben hatte, habe großen Anteil daran, "dass Hospiz heute als gesellschaftlicher Auftrag breit getragen wird" und dass sich darin die Wertschätzung jedes einzelnen Menschen erweise. Getragen von einem insofern christlich inspirierten Menschenbild sei die Hospizbewegung daher bis heute auch eine "Gegenbewegung zur Marginalisierung von unheilbar Kranken" in der Gesellschaft, betonte Landau.

Sr. Hildegard Teuschl gilt in Österreich als Pionierin der Hospiz-Bewegung. Bereits 1978/79 hielt Teuschl den ersten Kurs für Sterbebegleitung im Schulzentrum der Caritas der Erzdiözese Wien ab; viele ihrer Schülerinnen und Schüler wurden zu wichtigen Impulsgebern in der Entwicklung von Hospiz und Palliative Care in ganz Österreich. 1987 stellte ihre Gemeinschaft, die Caritas Socialis (CS), in der Wiener Pramergasse ein Büro zur Verfügung, die Idee des Aufbaus eines Mobilen Hospizes - unter Mitwirkung der Erzdiözese Wien - und eines Stationären Hospizes (zuerst 1992 im Krankenhaus Göttlicher Heiland) wurde aufgenommen und umgesetzt. Zeitgleich entstanden in den Bundesländern verschiedene Hospizgruppen und Hospizinitiativen.

Im September 1993 folgte die Gründung des Dachverbandes Hospiz Österreich als eigenständiger Verein, der 2004 den Kardinal-König-Preis erhielt. Nach 15-jähriger Präsidentschaft übergab Sr. Teuschl den Vorsitz an Waltraud Klasnic, die seither als Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich wirkt.

Mediziner Huber: "Sterbende nehmen mehr wahr als wir annehmen"

Mediziner und Theologe bei Wiener Hospizsymposium: Viele Parallelen zwischen Geburts- und Palliativmedizin - Kardinal Königs Aussagen zu Sterbebegleitung wurden später wissenschaftlich bestätigt

Wien, 19.02.2019 (KAP) Zu einer Sterbebegleitung mit "menschlichen Zügen" hat der Mediziner und Theologe Johannes Huber aufgerufen. Der Wunsch vieler Menschen nach einem Sterben zuhause sei allzu verständlich, da dort "Menschlichkeit oft leichter umzusetzen ist", sagte der frühere Vorsitzende der Bioethikkommission, Uniprofessor und Bestsellerautor beim Kurzsymposium "Zuhause leben bis zuletzt. Möglichkeiten und Grenzen für ein Sterben daheim", mit dem am Montagabend im Wiener Kardinal-König-Haus des 10. Todestages der österreichischen Hospiz-

Pionierin Sr. Hildegard Teuschl gedacht wurde. Huber wies vor allem auch darauf hin, dass Sterbende viel mehr wahrnehmen würden, als man gemeinhin annehme.

Er selbst stehe als Gynäkologe und Geburtshelfer eigentlich "auf der anderen Seite des Bettes", stellte Huber einleitend fest, doch: "Wer fragt, woher man kommt, fragt auch: Wohin geht man?" Geburt und Tod stünden einander trotz ihrer zeitlichen Distanz im Lebensverlauf sehr nahe, "und beide müssen unter zutiefst menschlichen Verhältnissen - nämlich im humanen Be-

reich - ablaufen". Zahlreiche angenommene Parallelen zwischen dem Geborenwerden und Sterben hätten sich in den jüngsten Jahren auch wissenschaftlich bestätigt; teils ließen sich aus dem je einen Bereich sogar Rückschlüsse für den anderen ziehen, führte der Experte aus.

Vergleiche zog Huber zwischen der Hausgeburt und dem Wunsch nach dem Sterben zuhause. "So wie viele Mütter ihr Kind nicht unmittelbar nach der Geburt an Fremde abgeben wollen, soll auch der Sterbende nicht abgegeben und der Einsamkeit übergeben werden." Es komme dabei weniger auf den Ort, wohl aber auf die Umstände und Begleitung durch Bezugspersonen an - "darauf, dass man an der Hand der Mutter in die Welt kommt und auch an einer Hand das Leben verlässt". So wie die Geburt Geborgenheit erfahren lassen soll - man versuche daher, den Notkaiserschnitt möglichst zu verhindern - treffe dies auch beim Tod zu: "Die erste und die letzte Reise eines Menschen sollten ohne Cortisolausschüttung erfolgen; ohne den Stress, den man beim Erleben von Gefahr verspürt."

Heilende Berührung

Der Endokrinologe hob die besondere Bedeutung des Handergreifens und der Berührung hervor, welche im Zeitalter digitaler Diagnostik und der modernen Medizin immer mehr abhanden kämen. "Taktile Reize wie etwa das Streicheln werden über die Hautsensoren sofort dem Gehirn weitergeleitet und bewirken dort eine Ausschüttung der Glückshormone Dopamin und Serotonin. Dabei verändert sich sogar der epigenetische Code eines Menschen." Für Patienten am Lebensende sei Berührung immens wichtig. "Der bekannte Ausspruch von Kardinal Franz König (1905-2004), dass der Mensch 'nicht durch die Hand, sondern an der Hand' die Welt verlassen soll, war prophetisch - auch im Blick auf die spätere Bestätigung durch die Gen- und Gehirnforschung", unterstrich der Mediziner.

Deutlich unterschätzt werde, wie viele Sinneseindrücke Patienten in Agonie und Sterbende noch empfangen könnten, so Huber weiter. "Es trifft längst nicht zu, dass das Gehirn nur in seiner vollen Arbeitstätigkeit Dinge wahrnimmt. Die Natologie zeigt uns, dass ein Kind schon lange vor der Geburt die Stimme der Mutter hört, auch wenn es weder Wörter versteht noch Silben zusammensetzen kann." Früher hätten Mediziner gewitzelt über Schwangere, die ab der 30. Woche mit ihrem Kind sprechen. "Heute

wissen wir, dass das wichtig ist. Denn die Stimme trägt das Kind von der Zeit im Mutterleib bis nach der Geburt - wie eine Hängematte, in der es sich geborgen fühlt."

Fühlen nach dem letzten Herzschlag

Auch beim "nicht-mehr-Verstehen" am Lebensende sei noch viel an Wahrnehmungsfähigkeit vorhanden, womöglich weit über den letzten Herzschlag hinaus. "Wir müssen Sterbende so behandeln, als würden sie noch alles mitbekommen, denn wir wissen nicht, wie viel sie noch wahrnehmen", zitierte Huber den deutschen Palliativmediziner Lukas Radbruch. Unter Menschen, die einen mehrminütigen Herzstillstand überlebten, berichten laut Studien neun Prozent von einer Nahtoderfahrung, teils mit einer selbst beobachteten Wiederbelebung. "Einiges spricht dafür, dass die wirkliche Wahrnehmung erst Minuten nach der Asystolie aufhört. Physiologisch stirbt man ja nicht mit dem letzten Herzschlag, da die einzelnen Organe erst später absterben", so Huber.

Das Nahtod-Phänomen könne man durch ein "letztes Aufbäumen" erklären, "dass das Ende des Herzschlags die Nervenzellen in einen hochaktiven Zustand versetzt", so der Mediziner, der als Theologe fortfuhr: "Aus Sicht des Glaubens könnte man sagen, dass da eine externe Intelligenz dem Menschen die Freiheit gestattet, für einen Augenblick die Naturgesetze aufzuheben und sonst verbotene Dinge zu tun." Christen sähen den Tod als eine "letzte Zufluchtszone", in der nichts mehr passieren könne. "Er muss keine Totalvernichtung sein, sondern ist vielleicht so etwas wie ein Kostümwechsel oder eine Gütertrennung, bei der ein Teil zurückbleibt und der andere dorthin geht, woher er kam, und bei der die Buchseite nicht verbrannt, sondern womöglich neu und noch schöner geschrieben wird."

Ort des Sterbens wichtig

Aufgabe der Sterbebegleitung sei es, zu möglichst förderlichen Rahmenbedingungen dieses bedeutenden Moments beizutragen und den Herzenswunsch nach Geborgenheit zu erfüllen, so Huber an das Publikum beim Wiener Hospiz-Symposiums. Er riet dabei, es ernst zu nehmen und nicht lange die Gründe dafür zu hinterfragen, wenn Menschen zuhause sterben wollten. Intellektuell sei dieser Wunsch durchaus gerechtfertigt, hätten die Norweger May-Britt und Edvard Moser, Nobelpreisträger für Medizin 2014, gezeigt: "Sie

entdeckten, dass unser Gehirn eine Art inneres GPS-System besitzt und Orte - besonders die positiv besetzten - abspeichert. So entsteht eine bestimmte Beziehung zu einem Ort und man kann sich zuhause geborgen fühlen", erklärte der Forscher.

Aufschlüsse über die tatsächlichen Todesorte gibt eine aktuelle Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock. Das Team um Studienleiterin Angela Carollo bestätigte dabei den rückläufigen Anteil der Menschen, die im Spital sterben. In Dänemark - Huber zufolge ist der Trend jedoch in ganz Westeuropa derselbe - sank der Prozentsatz der im Krankenhaus Sterbenden zwischen 1980 und 2014 von 56 auf 44 Prozent bei Männern, sowie bei Frauen

von 49 auf 39 Prozent. Dies sei eine positive Entwicklung, werde doch der Tod im Krankenhaus von den meisten Menschen nicht ein "guter Tod" assoziiert, betonte Huber.

Dennoch zeigte die Studie auch Probleme auf: Bei der - demografisch stark wachsenden - Altersgruppe der Über-80-Jährigen stagnierte der Anteil der im Spital Sterbenden, bei den Menschen ab 90 Jahren stieg er sogar. Huber verwies zudem auf ein weiteres Studienergebnis, wonach Personen mit mittlerem und hohem Einkommen eher im Krankenhaus sterben als jene aus der Gruppe mit niedrigem Einkommen. "Ob hier die Zuneigung durch das Geld ersetzt wird? Für Moderne ist dies ein nicht abzuwehrender Gedanke", so der Mediziner.

Linz: Vor 25 Jahren starb "Motorradbischof" Franz Zauner

Gedenkmesse am Mittwochabend im Linzer Mariendom - Zauner-Nachfolger Altbischof Aichern: "Er war unermüdlich tätig im Einsatz für das Leben der Kirche und der Diözese"

Linz, 19.02.2019 (KAP) Vor 25 Jahren, am 20. Februar 1994, starb der Linzer emeritierte Bischof Franz Zauner. Er leitete die Diözese von 1956 bis 1982. Zuvor war er seit 1949 bereits Bischof-Koadjutor. Die Diözese gedenkt ihres früheren Bischofs u.a. mit einem Gottesdienst am Mittwochabend, 18.15 Uhr, im Linzer Mariendom. Zauner war passionierter Motorradfahrer und deshalb auch als "Motorradbischof" bekannt. In Lederkluft anstelle der bischöflichen Soutane sah man ihn oft zu Visitationen fahren. Zauners Nachfolger im Bischofsamt, Altbischof Maximilian Aichern, beschreibt seinen Vorgänger als "einfachen, bescheidenen Menschen, der kein Mann vieler Worte war".

Bischof Zauner sei "unermüdlich tätig gewesen im Einsatz für das Leben der Kirche und der Diözese". Er habe in seinen mehr als 30 aktiven Bischofsjahren für den materiellen und spirituellen Aufbau der Diözese Linz nach dem Zweiten Weltkrieg Sorge getragen. Als Mitwirkender am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-65) habe sich Zauner in der Folge für die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse in seiner Diözese eingesetzt, erinnert Aichern in einem Beitrag auf dem Webportal der Diözese Linz.

Zauners Leben und Wirken fiel in eine Zeit der großen Umbrüche. Er erlebte als Kind den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als Jugendlicher die Auflösung der Monarchie, die Schwie-

rigkeiten der jungen Republik und die Inflation. Als 1934 die Demokratie durch den Ständestaat abgelöst wurde, war Zauner junger Priester. Als Generalpräfekt am Linzer Kollegium Petrinum erlebte er im März 1938 die nationalsozialistische Machtergreifung, als Mitarbeiter im Bischöflichen Ordinariat und Lehrbeauftragter an der Philosophisch-theologischen Lehranstalt den Zweiten Weltkrieg. In der Nachkriegszeit und den damit verbundenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen war Zauner als Bischof maßgeblich am materiellen und spirituellen Aufbau der Diözese beteiligt.

In die Amtszeit des elften Bischofs von Linz fielen das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965), die Linzer Diözesansynode (1970-1972) und der Gesamtösterreichische Synodale Vorgang (1973/1974). Beim Konzil wurde Zauner in die vorbereitende Kommission für Liturgie berufen und mit 2.231 Stimmen - der höchsten Stimmenanzahl, die ein Konzilsvater je erreichte - in die Konzilskommission für Liturgie gewählt, als deren überaus aktives Mitglied er am Zweiten Vaticanum teilnahm.

Zauners Pastorkonzept lautete: in jede Pfarre ein Pfarrheim als Ort der Begegnung, ein Katholisches Bildungswerk und eine lebendige Katholische Aktion zur Förderung des Laienapostolats in allen Alters- und Berufsgruppen. Als Bischof baute verstärkt auf den Einsatz von Laien

als Lehrer, Pastoralassistenten und Jugendleiter sowie in der Verwaltung. Nach seiner Emeritierung als Bischof wohnte Franz Zauner weiterhin

im Linzer Bischofshof und war auch noch in der Seelsorge aktiv, ehe er schließlich am 20. Februar 1994 im 90. Lebensjahr verstarb.

Caritas-Auslandshilfe: Bischof Glettler in Burkina Faso

Bischof besuchte gemeinsam mit Innsbrucker Caritas-Direktor Schärmer Hilfsprojekte der Tiroler Caritas in dem westafrikanischen Land - Salzburger Caritas hat Auslandsschwerpunkt u.a. in Ägypten

Innsbruck-Salzburg, 19.02.2019 (KAP) Das westafrikanische Burkina Faso ist ein Schwerpunktland der Auslandshilfe der Caritas der Diözese Innsbruck. Bischof Hermann Glettler hat dieser Tage gemeinsam mit dem Tiroler Caritasdirektor Georg Schärmer das Land besucht und sich über die Arbeit der Hilfsorganisation vor Ort informiert, wie die Diözese Innsbruck am Dienstag mitteilte. Der Schwerpunkt der Caritas-Arbeit liegt demnach auf den Bereichen der Ernährungs- und Gesundheitsversorgung sowie auf Bildung. Bischof Glettler zeigte sich beeindruckt von der hohen Qualität der Caritasprojekte und dem mutigen und nachhaltigen Engagement der Kirche in Burkina Faso. Rund 120.000 Menschen profitieren von den Projekten der Caritas vor Ort. Burkina Faso zählt zu den ärmsten Ländern der Welt.

Obwohl der Anteil der Katholiken sehr gering ist, sei ihr Beitrag zur Entwicklung des Landes groß, so die Bilanz des Bischofs. Dies gelinge auch durch einen guten Dialog und die Zusammenarbeit mit den religiösen Führern der Muslime im Land. Leider werde Burkina Faso aber aktuell von Terrormilizen heimgesucht, die den bis dato friedlichen Staat destabilisieren wollen. Immer wieder seien auch kirchliche Einrichtungen von den Überfällen betroffen, zeigten sich Glettler und Schärmer betroffen. Zugleich zeigten sie sich beeindruckt, "dass die kirchlichen Mitarbeiter, die Ordensfrauen und Caritas-Mitarbeiter sich nicht entmutigen lassen, ganz nah an den Menschen und ihren Nöten zu bleiben".

Spenden: Raiffeisenlandesbank Tirol, IBAN: AT79 3600 0000 0067 0950, Kennwort: Burkina Faso, Online Spenden www.caritas-tirol.at

Caritas hilft Kindern in Not in Ägypten

Im Februar führt die Caritas österreichweit ihre Kinderkampagne durch. In den ärmsten Ländern

der Welt soll insgesamt 50.000 Kindern ein Leben und Aufwachsen in Würde und mit Zukunftschancen ermöglicht werden. Jede Diözesan-Caritas hat dabei eigene Schwerpunktländer. Im Fall der Caritas der Erzdiözese Salzburg ist dies u.a. Ägypten.

In Ägypten hätten 1,4 Millionen Kinder im Alter zwischen 6 und 17 Jahren noch nie eine Schule besucht oder die Grundausbildung abgebrochen, teilte die Salzburger Caritas mit. Hauptsächlich Mädchen würden frühzeitig die Schule verlassen, um im Haushalt oder bei der Kindererziehung zu helfen. Das Bildungsdefizit habe weitreichende Folgen: 35 Prozent der Mädchen und Frauen könnten weder lesen noch schreiben; mittellose Mädchen ohne Ausbildung drohe in Ägypten Kinderarbeit, Zwangsheirat oder im schlimmsten Fall ein Leben auf der Straße.

Die Caritas unterstützt u.a. im Armenviertel Haggana in der Hauptstadt Kairo 45 Kinder, damit diese die Schule besuchen können. Sie ermöglicht ihnen den Besuch einer kirchlichen Privatschule, indem sie für den Schultransport, die Schuluniform und die Schulspeisung aufkommt. In der Privatschule St. Vinzenz von Paul der Barmherzigen Schwestern lernen die Kinder jeden Tag bis 15 Uhr, danach geht es in das von der Caritas betriebene Jugendzentrum in Haggana, wo die Kinder ihre Hausübungen machen und danach spielen können. Bis zu 150 Kinder finden im Jugendzentrum eine sinnvolle Beschäftigung und würden so von den Straßen ferngehalten, wie die Caritas betont.

Weitere Schwerpunktländer der Caritas Salzburg sind neben Ägypten auch noch Syrien und der Libanon.

Caritas-Spendenkonto: IBAN AT11 3500 0000 0004 1533; Kennwort: Kinderkampagne 2019, Online-Spenden: www.caritas-salzburg.at

V A T I K A N & R O M

Vatikan hat Richtlinien zu Priestern als Väter fertiggestellt

Vatikansprecher Gisotti bestätigt "New York Times" entsprechendes internes Dokument der Kleruskongregation

Vatikanstadt, 19.02.2019 (KAP) Zum Umgang mit Priestern, die Vater eines Kindes werden oder sind, hat der Vatikan eigene Richtlinien erstellt. Wie der kommissarische Vatikansprecher Alessandro Gisotti der "New York Times" (Dienstag) bestätigte, gebe es ein solches internes Dokument der Kleruskongregation. Die katholische Nachrichtenagentur Kathpress hatte bereits im November 2017 über diese Richtlinien berichtet. Damals hatte die Päpstliche Kinderschutzkommission die Erarbeitung solcher Maßgaben bestätigt.

In einem Brief der Kommission an "Coping International", eine Selbsthilfeplattform von Kindern katholischer Priester, hieß es damals, das Thema werde von jener vatikanischen Arbeitsgruppe bearbeitet, die auch die Richtlinien zur Prävention von Missbrauch in der Kirche entwickelt hat. Die Richtlinien sehen vor, dass der Priester vor allem seinen Vaterpflichten nachkommen und sich um das Kind und dessen Mutter kümmern soll.

Eigens erwähnt wurden damals entsprechende Richtlinien der Irischen Bischofskon-

ferenz vom Sommer 2017. Darin heißt es: "Wenn ein Priester Vater eines Kindes wird, soll das Wohl des Kindes sein primäres Anliegen sein." Der werdende Vater müsse "zu seiner Verantwortung stehen - persönlich, rechtlich, moralisch und finanziell". Bei allen Überlegungen sei die Mutter des Kindes voll einzubeziehen.

Mit ihrer Leitlinie "Grundsätze der Verantwortung von Priestern, die Kinder zeugen" reagierten Irlands Bischöfe unter anderem auf die Initiative des irischen Coping-Gründers Vincent Doyle. Doyle hatte 2011 nach dem Tod seiner Mutter erfahren, dass sein leiblicher Vater ein katholischer Priester gewesen sei. Seit einigen Jahren öffnet sich die Kirche dem für sie heiklen Thema. Da ihre Priester zölibatär leben sollen, dürften sie keine Kinder haben.

Bei dem am Donnerstag beginnenden Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan rücken derzeit auch andere Probleme zu den Themen Sexualität und Klerus ins öffentliche Bewusstsein.

Päpstliche Stiftung für Sahelzone berät über Hilfsprojekte

Dakar-Rom, 19.02.2019 (KAP) Über kirchliche Hilfsprojekte in der Sahelzone, auch gegen das Migrationsproblem, berät seit Montag die "Johannes-Paul-II-Stiftung für den Sahel" in Dakar. Dabei geht es unter anderem um die Finanzierung von 125 Projekten, die 2018 beantragt wurden, wie die für Entwicklung zuständige Vatikanbehörde in Rom mitteilte. Einige Projekte sollen speziell jungen Menschen in Westafrika eine Bleibeperspektive bieten. Im Auftrag des Papstes und in Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden vor Ort unterstützt die Organisation ansonsten vor allem Maßnahmen gegen Wüstenbildung, zur Trinkwassergewinnung sowie für eine nachhaltige Landwirtschaft und Energieversorgung.

Zudem habe sich die von Johannes Paul II. 1984 gegründete Stiftung im Laufe ihres 35-

jährigen Bestehens zu einer Plattform des interreligiösen Dialogs entwickelt, so das vatikanische Dikasterium für menschliche Entwicklung. Die meisten Menschen, denen die Projekte zugute kommen, seien Muslime.

Dem Verwaltungsrat der "Johannes-Paul-II-Stiftung für den Sahel" gehören unter anderen Kardinal Peter Turkson, Präfekt des Entwicklungsdikasteriums, sowie der aus Deutschland stammende Bischof von Nouakchott in Mauretanien, Martin Happe, an. Zu den größten Geldgebern der Stiftung gehören nach Vatikan-Angaben die Bischofskonferenzen von Italien und Deutschland sowie die Erzdiözese München-Freising. Zudem sammelt ein Freundeskreis Spenden in Frankreich.

Vatikan bestätigt: Cardinals Priesteramt-Suspendierung aufgehoben

Bestätigung durch Nuntiatur in Managua und gemeinsame Eucharistiefeier mit Nuntius Sommertag im Krankenzimmer des 94-jährigen Priesterpoeten

Managua, 19.02.2019 (KAP) Papst Franziskus hat sämtliche Sanktionen gegen den Befreiungstheologen Ernesto Cardenal aufgehoben. Das bestätigte die Vatikanbotschaft in der nicaraguanschen Hauptstadt Managua. "Der Heilige Vater hat mit Wohlwollen die Aufhebung aller Sanktionen gegen den Priester Ernesto Cardenal aufgehoben. Dies geschah als Reaktion auf sein jüngst an die Vertretung des Papstes in Nicaragua gestelltes Ansuchen um eine Wiedenzulassung zu den priesterlichen Diensten", hieß es in dem am Montag (Ortszeit) im Internet publizierten Schreiben von Nuntius Waldemar Sommertag an den mittlerweile 94-jährigen Cardenal, der sich seit zwei Wochen wegen einer Niereninfektion in einem Krankenhaus in der Hauptstadt Managua aufhält.

Cardenal war aufgrund seines politischen Engagements - er war u.a. am Sturz des Diktators Anastasio Somoza (1925-1980) beteiligt und wurde nach der Revolution 1979 Kulturminister der sandinistischen Regierung unter Daniel Ortega - in Konflikt mit der Kirche geraten. Papst Johannes Paul II. verbot ihm 1985 die Ausübung des priesterlichen Dienstes - "aufgrund seiner militanten Politik", wie dies im nunmehrigen Schreiben der Nuntiatur begründet wird. Der Geistliche habe jedoch die gegen ihn verhängte Kirchenstrafe akzeptiert und sich stets an sie gehalten, indem er alle seelsorglichen Aktivitäten einstellte. Als Pluspunkt vermerkt das Botschafts-Schreiben zudem, dass sich der Priesterdichter inzwischen längst nicht mehr in der Politik aktiv sei.

Wie die spanischsprachige Ausgabe des Portals aleteia.org berichtet, war der Sanktionsaufhebung ein Besuch von Nuntius Sommertag am 2. Februar im Haus von Cardenal vorausgegangen. Im Zuge des "offenen und freundschaftlichen Gesprächs" habe der Befreiungstheologe, der am 20. Jänner seinen 94er gefeiert hatte, um eine Wiederaufnahme ins Priesteramt gebeten, worauf dann der Vatikan aktiv geworden sei.

Am Montag besuchte Sommertag erneut Cardenal - der mittlerweile zum bereits fünften Mal seit Vorjahresbeginn ins Spital eingeliefert worden war - um die Aufhebung der Sanktionen mitzuteilen und mit ihm im Krankenzimmer eine Heilige Messe zu feiern. Bilder des Gottesdienstes, bei dem Cardenal im Krankenbett mit Stola zu sehen ist, veröffentlichte die Erzdiözese Managua Stunden später auf ihrem Twitter-Account. Bereits in den Tagen zuvor hatte auch Managuas Weihbischof Silvio Baez den Kranken besucht und sich von ihm segnen lassen.

Außer seiner priesterlichen und politischen Laufbahn ist Cardenal auch Poet. Seine Gedichte wurden in 20 Sprachen übersetzt und er erhielt zahlreiche internationale Preise und Würdigungen, darunter den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1980), den Premio Iberoamericano de Poesia Pablo Neruda (2009), den Königin-Sofia-Preis für sein Lebenswerk (2012), mehrere Ehrendoktorate sowie den in der Klosterkirchen Pernegg verliehenen GLOBArt Award (2012) und das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse (2010). 2005 war Cardenal für den Literaturnobelpreis nominiert.

Zwei Diözesen im Umland Roms haben ab sofort denselben Bischof

Papst betraut Bischof Parmeggiani von Tivoli auch mit der Leitung der Diözese Palestrina

Vatikanstadt, 19.02.2019 (KAP) Papst Franziskus hat zwei Diözesen im Umkreis von Rom personell vereinigt. Wie der Vatikan am Dienstag bekanntgab, ernannte er den Bischof von Tivoli, Mauro Parmeggiani (57), auch zum Bischof von Palestrina. Letzteres gehört zu den sogenannten suburbikarischen Diözesen. Parmeggiani war seit dem Rücktritt des früheren Bischofs von Pales-

trina im Juli 2017 dort bereits Apostolischer Administrator. Tivoli und Palestrina liegen östlich von Rom; in der Diözese Tivoli leben rund 178.000 Katholiken, in Palestrina etwa 100.000. Errichtet wurden die Diözesen bereits im 2. und 4. Jahrhundert.

Die Leiter der insgesamt sieben suburbikarischen Diözesen stehen traditionell dem Papst

als Bischof von Rom bei der Leitung der Gesamtkirche zur Seite. Schirmherren dieser Diözesen sind die ehrenranghöchsten Kardinäle der Kirche, die lateinischen Kardinalbischöfe. Neben Palestrina gehören zu den subrubikarischen Diö-

zesen außerdem Roms Hafenstadt Ostia, Albano in den gleichnamigen Bergen bei Castelgandolfo, die bekannte Weinstadt Frascati sowie Porto-Santa Rufina, Sabina-Poggio Mirteto und Velletri-Segni.

A U S L A N D

Brüssel: Warnung vor immer mehr Sonntagsarbeit

Österreich-Koordinator Blümel bei Europa-Treffen der Sonntagsallianzen: Gesetze lassen immer mehr Sonntagsarbeit zu

Brüssel, 19.02.2019 (KAP/KNA) Der Koordinator der österreichischen Sonntagsallianz, Markus Blümel, hat in Brüssel vor einer "systematischen Veränderung" bei Regelungen zum arbeitsfreien Sonntag gewarnt. Gesetze ließen immer mehr Sonntagsarbeit zu, sagte er nach einem Treffen der Europäischen Sonntagsallianz am Montag. Aktuell arbeiteten rund 450.000 Arbeitnehmer in Österreich und damit rund 13 Prozent der Beschäftigten mindestens zweimal im Monat am Sonntag. Die Frage, welche Arbeit an Sonntagen wirklich notwendig sei, müsse wieder in den Vordergrund gerückt werden, so Blümel gegenüber der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Der Vorsitzende der kroatischen Sonntagsallianz, Boze Vuleta, kritisierte, dass Arbeitnehmer immer flexibler sein müssten. Er forderte strengere Gesetze. In Kroatien sei Sonntagsarbeit derzeit erlaubt.

Erfreut über Fortschritte in der Arbeit der Sonntagsallianzen zeigte sich der Ko-Vorsitzende

der Europäischen Sonntagsallianz, der CDU-Politiker Thomas Mann. "Wir haben nicht kleine, sondern gute Schritte nach vorn gemacht", sagte er der KNA. Man habe etwa erreicht, dass Väter in allen EU-Mitgliedstaaten bei der Geburt eines Kindes mindestens zehn Tage Urlaub erhalten.

Erstmals sei es gelungen, alle Kirchen und Gewerkschaften bei einem Thema zu vereinen, so Mann. Es sei nun wichtig, weiter am Anliegen des arbeitsfreien Sonntags zu arbeiten. Studien hätten gezeigt, dass Sonntagsarbeit mit mehr Risiko für Gesundheitsprobleme und das Sozialleben verbunden sei. Arbeiter müssten gegen die "Philosophie der ständigen Erreichbarkeit" geschützt werden, so Mann.

Die Europäische Sonntagsallianz wurde 2011 von nationalen Sonntagsallianzen, Gewerkschaften, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet. Sie fordert eine Verankerung des arbeitsfreien Sonntags in der Arbeitszeitrichtlinie und setzt sich für Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ein.

Anglikanischem Bischof droht Amtsenthebung wegen Vertuschung

Staatliche Missbrauchskommission in Australien dokumentierte 1.115 Fälle sexualisierter Gewalt in anglikanischen Diözesen zwischen 1980 und 2015

Sydney, 19.02.2019 (KAP/KNA) Wegen Vertuschung von Missbrauchsfällen hat sich Australiens anglikanische Kirche für die Amtsenthebung eines ihrer Bischöfe ausgesprochen. Grundlage der Empfehlung seien Angaben der staatlichen Missbrauchskommission, wonach Bischof Richard Appleby (78) seinerzeit als Weihbischof in der Diözese Newcastle eine "Strategie des Nichtstuns" gefahren habe, berichtet der Sender ABC

am Dienstag. Die Kommission für "professionelle Standards" habe daher am selben Tag die Amtsenthebung empfohlen.

Appleby wäre der erste anglikanische Bischof in Australien, der wegen Versagens bei Missbrauchsfällen des Amtes enthoben wird. Er habe eine Frist von 28 Tagen, um gegen die Empfehlung der Kommission Widerspruch einzulegen. Australiens Anglikaner sind nach der

katholischen Kirche am stärksten von Missbrauchsfällen betroffen. Das geht aus dem im Dezember 2017 veröffentlichten Abschlussbericht der staatlichen Missbrauchskommission hervor. Demnach wurden zwischen 1980 und 2015 in 22

der 23 anglikanischen Diözesen 1.085 Menschen Opfer sexualisierter Gewalt mit insgesamt 1.115 dokumentierten Fällen. 285 Täter waren demnach Laien, 247 Priester. Allerdings liege die Dunkelziffer sehr viel höher.

Frankreichs Bischöfe besorgt über Vandalismus in Kirchen

Jüngste Taten ein "Zeichen des Hasses im Herzen unserer Gesellschaft"

Paris, 19.02.2019 (KAP/KNA) Frankreichs Bischofskonferenz zeigt sich besorgt über den Vandalismus gegen Kirchen. Solche Taten seien "Zeichen des Hasses im Herzen unserer Gesellschaft", halten sie in einer zu Wochenbeginn in Paris veröffentlichten Erklärung fest und rufen zu Brüderlichkeit auf. Zuvor waren in den vergangenen Wochen neun französische Kirchen verwüstet worden. Zudem bekräftigt die Bischofskonferenz

ihren Einsatz gegen Antisemitismus. Am Wochenende war der französische Philosoph Alain Finkielkraut bei Demonstrationen von Gelbwesten massiv antisemitisch beleidigt worden. In der vergangenen Woche sprühten Unbekannte Hakenkreuze auf ein Porträt der verstorbenen jüdischen Politikerin und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil in Paris.

Prag: Senats-Veto gegen Steuer auf Kirchenrestitution erwartet

Von Opposition dominierte Länderkammer des tschechischen Parlaments votiert kommende Woche wohl gegen von Regierungsparteien unterstützte Kommunisten-Initiative

Prag, 19.02.2019 (KAP) In Tschechien steht die nächste Runde im Streit zur umstrittenen rückwirkenden Besteuerung der staatlichen Entschädigungszahlungen an die Kirchen für in kommunistischer Zeit enteignetes Eigentum bevor. In der kommenden Woche tagt dazu die Länderkammer des Parlaments in Prag. Aller Voraussicht nach wird der Senat die vom der ersten Parlamentskammer (Abgeordnetenhaus) im Jänner auf Antrag der Kommunisten mehrheitlich beschlossene Besteuerung von Ersatzzahlungen für nicht mehr restituierbares Kircheneigentum beanspruchen.

Bei den jüngsten Beratungen der Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss des Senats stimmten laut tschechischen Medienberichten am vergangenen Freitag nur 2 von 13 Mitgliedern - je einer der beiden Regierungsparteien ANO und Sozialdemokraten (CSSD) - für die Annahme des Gesetzesentwurfs. Da die Opposition aus Konservativen und Liberalen im Senat über eine Mehrheit verfügt, dürfte die geplante Neuregelung an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen werden.

Erst nach dem in der Folge zu erwartenden Beharrungsbeschluss des Abgeordnetenhauses wollen sich die oppositionellen Senatoren an

das Verfassungsgericht wenden, um die Gesetzesnovelle zu Fall zu bringen.

Auch die Kirchen haben bereits angekündigt, sich in der Causa notfalls ans Verfassungsgericht zu wenden. An den Standpunkten der Religionsgemeinschaften habe sich nichts geändert, sagte der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz, Stanislav Pribyl, vor dem anstehenden Senatsvotum. Ihnen erscheine die Gesetzesnovelle "ungeheuerlich, unmoralisch und unsinnig auch vom sachlichen Gesichtspunkt her". Jemand, der das Eigentum einmal gestohlen habe, bemühe sich, es "teilweise ein zweites Mal zu stehlen", meinte Senator Tomas Golan von der liberalen Bewegung "Senator 21".

Laut der Gesetzesnovelle sollen ab 2020 jene Entschädigungen, die die Kirchen für 1950 enteignetes, aber nicht mehr rückgabefähiges Eigentum vom Staat erhalten, mit 19 Prozent besteuert werden. Die Novelle geht auf eine Initiative der Kommunisten zurück, die die aktuelle Minderheitsregierung von Premier Andrej Babis aus ANO und Sozialdemokraten stützen. Die Neuregelung würde den seit 2013 gesetzlich verankerten Restitutionskompromiss zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im Nachhinein abändern.

Erzdiözese Bratislava betet für mehr Priester

Erzbischof Zvolensky ruft "Jahr des Gebets um neue Priesterberufungen" aus

Bratislava, 19.02.2019 (KAP) Der Pressburger Erzbischof Stanislav Zvolensky hat in der slowakischen Hauptstadtdiözese Bratislava ein "Jahr des Gebets um neue Priesterberufungen" ausgerufen. Bis 14. Februar 2020 soll zusätzlich zu den üblichen Gebeten um Priesterberufungen "bei jeder heiligen Messe den gemeinsamen Gebeten der Gläubigen eine spezielle Bitte um neue geistliche Diener" hinzugefügt werden, heißt es in einem neuen Hirtenwort.

Zvolensky, der seit der Teilung der Erzdiözese Trnava-Bratislava 2008 als erster Oberhirte der neugegründeten Erzdiözese und Metropole amtiert und auch Vorsitzender der Slowakischen Bischofskonferenz ist, trägt damit dem Umstand Rechnung, dass der Zustrom in die römisch-katholischen Priesterseminare gegenüber der ersten Zeit nach der Wende von 1989 vor allem im Westen der Slowakei spürbar abgeflaut ist. Der

14. Februar ist der Gründungstag der Erzdiözese Bratislava.

In seinem Hirtenbrief, der am vergangenen Sonntag bei allen Gottesdiensten verlesen wurde, wählte Erzbischof Zvolensky als Ausgangspunkt die aktuellen Medienberichte über "dramatische Rettungsaktionen ertrinkender Migranten, die aus afrikanischen Ländern nach Europa ziehen". Als Jesus am See Genesaret seine Jünger aufgerufen habe, die Netze wider alle Logik am helllichten Tag auszuwerfen, sei der Apostel Petrus der Aufforderung gefolgt und habe einen reichen Fischfang erzielt, verwies Zvolensky auf das Lukasevangelium der Bibel. Das gelte auch für den "geistlichen Dienst in der Beziehung zu Gott", so der Erzbischof. Wie die Migranten, so bräuchten "auch wir alle jemanden, der uns die Rettung aus den aufgewühlten Wassern der Sünde und des Todes vermittelt".

Orthodoxe Kirche Zyperns äußert sich zur Kirche in der Ukraine

Noch keine Anerkennung der neuen "Orthodoxen Kirche der Ukraine" - Absicht des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, durch Zuerkennung der Autokephalie Frieden und Einheit unter den orthodoxen Christen der Ukraine herzustellen, wird aber nicht in Frage gestellt

Nikosia-Wien, 19.02.2019 (KAP) Das Leitungsgremium der orthodoxen Kirche von Zypern, der Heilige Synod, hat zur Frage der Kirche in der Ukraine Stellung genommen. Die neue "Orthodoxe Kirche der Ukraine" werde von der Kirche Zyperns vorerst nicht anerkannt, heißt es nach Angaben des Informationsdiensts der Wiener Stiftung "Pro Oriente" vom Dienstag in einer tags zuvor in Nikosia veröffentlichten Erklärung. Die Absicht des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, durch die Zuerkennung der Autokephalie (Selbständigkeit) Frieden und Einheit unter den orthodoxen Christen der Ukraine herzustellen, stellt die Kirche von Zypern aber nicht in Frage.

Dieses Ziel des Ökumenischen Patriarchats sei aber bisher nicht erreicht worden, so die orthodoxe Kirchenspitze in Nikosia. Sollte "Frieden und Einheit" in der ukrainischen Orthodoxie dauerhaft nicht hergestellt werden können, dann müsse der Ökumenische Patriarch als "Primas der Orthodoxie" entweder ein panorthodoxes

Konzil oder eine Versammlung der Oberhäupter der autokephalen orthodoxen Kirchen einberufen. Die Hauptsorge müsse dem Heil des "Volkes Gottes in der Ukraine" gelten.

Ausdrücklich hält der Heilige Synod der Kirche von Zypern fest, dass in jedem Fall das Ökumenische Patriarchat einen Weg finden müsse, um das "Gewissen der Gläubigen" im Hinblick auf die Gültigkeit der von Patriarch Filaret (Denisenko) und Metropolit Makarij (Maletytsch) vorgenommenen Bischofs- und Priesterweihen "zu beruhigen". Filaret und Makarij führten bisher das ukrainische orthodoxe Kiewer Patriarchat (UOK-KP) bzw. die "Ukrainische autokephale orthodoxe Kirche", die sich von Moskau 1992 beziehungsweise 1921 abgespalten hatten und zuletzt in der neuen "Orthodoxen Kirche der Ukraine" aufgegangen sind.

Filaret und Makarij waren vom russisch-orthodoxen Moskauer Patriarchat suspendiert und exkommuniziert, im Herbst des Vorjahrs aber vom Patriarchat von Konstantinopel re-

habilitiert worden. Nach orthodoxem Kirchenrecht sind Weihehandlungen, die von suspendierten und exkommunizierten Bischöfen vollzogen wurden, in jedem Fall ungültig und nichtig.

Der Heilige Synod der Kirche von Zypern betont, dass die 2.000-jährige Erfahrung der zypriotischen Kirche und der orthodoxen Gesamtkirche Anlass zu Zweifeln an der "Möglichkeit einer rückwirkenden Anerkennung" der von suspendierten und exkommunizierten Bischöfen erteilten Bischofs- und Priesterweihen gibt. Alle ortho-

doxen Kirchen hätten vor mehr als 20 Jahren die Strafmaßnahmen des Moskauer Patriarchats gegen "einige Personen" akzeptiert, die "in der ukrainischen Krise eine Schlüsselrolle gespielt haben".

Eher vage fordert der zypriotische Heilige Synod unter Bezugnahme auf die "Taufe der Rus" im Jahr 988 das Ökumenische Patriarchat auf, für eine Jurisdiktion der russisch-orthodoxen Kirche an jenem Ort zu sorgen, "wo die Vorfahren der heutigen Russen getauft wurden".

K U L T U R & M E D I E N

Film zu kirchlichem Missbrauchsskandal in Lyon darf in die Kinos

Des Missbrauchs beschuldigter Priester, dessen Geschichte dem Film zugrunde liegt, hatte versucht, den Kinostart zu verhindern und auf die Zeit nach seinem Prozess zu verschieben

Paris, 19.02.2019 (KAP) Der Film "Grace a Dieu" (Gelobt sei Gott) darf am Mittwoch in den französischen Kinos starten. Das hat ein Gericht in Paris am Montag entschieden. Bernard Preynat (72), ein des Missbrauchs beschuldigter Priester aus Frankreich, dessen Geschichte dem Film zugrunde liegt, hatte versucht, den Kinostart zu verhindern und die Veröffentlichung auf die Zeit nach seinem Prozess zu verschieben. Sein Anwalt begründete dies mit dem Erhalt der Unschuldsvermutung.

Am Dienstagnachmittag sollte noch eine weitere Gerichtsentscheidung folgen. Eine heute 80-Jährige, die damals die Opfer psychologisch unterstützte, fordert, dass ihr Name aus dem Film herausgestrichen wird. Sie sieht ihre Rolle als "verfälscht" an.

Der Film nimmt sexuellen Missbrauch in der Kirche aus der Perspektive der Opfer in den Blick. Anhand von drei Erwachsenen zeigt Regisseur Francois Ozon, wie sich der Missbrauch, den sie als Pfadfinder oder Messdiener erlebten, auf

ihr Leben auswirkte. Die Geschichte basiert auf den Erzählungen mutmaßlicher Missbrauchsoffer aus Lyon. Allerdings hat der Gerichtsprozess gegen Preynat noch nicht stattgefunden.

Regisseur Ozon wurde am Wochenende beim Filmfestival Berlinale für sein Missbrauchsdrama mit dem großen Preis der Jury ausgezeichnet. Er hatte eine mögliche Verschiebung des Kinostarts am Freitag als eine "Katastrophe für das Image der Kirche" bezeichnet. Die Stille habe bereits "lang genug" gedauert; der Film sei für die Kirche eine "Chance". Im Jänner fand ein Prozess unter anderem gegen den Lyoner Erzbischof Kardinal Philippe Barbarin wegen Nichtanzeige der im Film gezeigten Fälle statt. Die Staatsanwaltschaft sprach sich nach der Anhörung gegen eine Verurteilung des Kardinals aus; das Urteil soll am 7. März fallen.

Der Titel des Films ist einem Zitat Kardinal Barbarins vom März 2016. Damals hatte er gesagt: "Gott sei Dank (grace a Dieu) ist ein Großteil der Taten verjährt."

Papst erhält kilometerlange Rekord-Bibel als Geschenk

Nachdruck der sogenannten Wiedmann-Bibel, die das Erste und Zweite Testament in 3.333 Bildern wiedergibt, soll am Mittwoch in Rom überreicht werden

Bonn-Rom, 19.02.2019 (KAP/KNA) Papst Franziskus soll ein besonderes Bibel-Exemplar aus Deutschland erhalten. Wie der im schweizeri-

schen Lachen ansässige Verlag am Dienstag mitteilte, ist die Übergabe einer Druckfassung der sogenannten Wiedmann-Bibel für Mittwoch vorge-

sehen. Es handelt sich den Angaben zufolge um das erste Exemplar einer auf 3.333 Exemplaren begrenzten Auflage. Die Bibel ist benannt nach dem Stuttgarter Künstler Willy Wiedmann (1929-2013). Es handelt sich um eine komplette Wiedergabe des Ersten und Zweiten Testaments in 3.333 Bildern. Wiedmann arbeitete 16 Jahre an dem Werk. Das im Original knapp 1,2 Kilometer lange Leporello besteht aus insgesamt 19 Büchern und wurde aufgrund seines Umfangs zeitweilig im Guinness-Buch der Rekorde geführt. Zu Lebzeiten des Künstlers blieb die Bibel unveröffentlicht.

Nach dessen Tod entdeckte Wiedmanns Sohn Martin das Werk wieder; im vergangenen Jahr erschien es erstmals in gedruckter Form.

Sein Vater habe "lange und hart" an dem Werk gearbeitet, "sogar in Zeiten, in denen er schwer krank war", sagte Martin Wiedmann, der dem Papst die Druckausgabe überreichen will. "Sein Glaube hat ihn gestärkt und ihn nie die Hoffnung aufgeben lassen, dass seine Bibel einmal veröffentlicht wird." (Weitere Informationen zur Wiedmann-Bibel: <https://thewiedmann-bible.com/de/>)

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	